

Studie

Verwaltungstransparenz gefragt

[07.06.2012] Öffentliche Verwaltungen zielen auf mehr Transparenz. So sollen den Bürgern künftig vermehrt ausgewählte Datenbestände über das Internet bereitgestellt werden. Dies hat eine Umfrage des Unternehmens Steria Mummert Consulting ergeben.

Durch Maßnahmen im Umfeld von Open Data oder Open Government wollen sich die öffentlichen Verwaltungen in Deutschland den Bürgern mehr öffnen. 53 Prozent der Verwaltungsentscheider halten diese größere Transparenz für sinnvoll. So sollen verstärkt ausgewählte Datenbestände über das Internet bereitgestellt und die Bürger stärker auf neuen Wegen in Entscheidungen eingebunden werden. Mehr als 60 Prozent der Kommunen stehen den verschiedenen Open-Government-Maßnahmen und den damit verbundenen Potenzialen positiv gegenüber, hingegen fällt die Zustimmung bei den Bundesbehörden deutlich geringer aus. Das sind die Ergebnisse der Studie „Branchenkompass 2012 Public Services“ von Steria Mummert Consulting in Zusammenarbeit mit dem F.A.Z.-Institut. Nach Angaben von Steria Mummert erhalten Bürger über offene Datenangebote im Internet künftig noch mehr Möglichkeiten, sich über die Vorhaben und Beschlüsse ihrer Stadt oder ihres Bundeslandes zu informieren. „Bislang haben die Verwaltungen zwar noch wenig praktische Erfahrung mit den verschiedenen Formen des Open Governments sammeln können, allerdings bestätigen Projekte in den Bereichen Datenöffnung und Bürgerbeteiligung das vermutete Potenzial von Open Government Maßnahmen“, erklärt Axel Drengwitz, Experte für Open Government bei Steria Mummert Consulting. Das große Hindernis liege in der Bereitstellung und Pflege des Datenmaterials von Bund, Ländern und Kommunen. Die Verwaltungen stünden dabei vor der schwierigen Entscheidung, welche Daten überhaupt zur freien Verfügung gestellt werden dürfen und welche nicht. So gebe es eindeutige Vorbehalte bei berechtigten Datenschutzbeschränkungen. Auch der rechtliche Status der Informationen und die jeweilige Datenhoheit seien häufig unklar.

(CS)

Stichwörter: Open Government, Open Data, Studie, F.A.Z.-Institut